

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

24 (23.6.1948)



ge der
lichen
it fñh-
n, das
swerte
Ein
abgeb-
in das
ut nur,
rucht-
n über
Kreis-
rund
15 000

ussion
lungen
rmiert
ehmer

erese
aß die
Mitter-
e. Und
n um
zweiti-
nach
ierten
dem
er.

ar der
ds, da
freites
e Zu-
sterte
Va-
ungs-

werk-
aß die
orde-
sbeig-
gend-
näch-
sind
Frei-
n Un-
-e-t

ebnis
3, ist
esat-
nheit

das
rieg?
einen
Vols-
h für
er ein
Sie
esat-
ngert
hren
nheit

richt
ein
diese
und
kei-
weise
das

trafe
partel
aden,
Kurt
fann-
1, 4-
s. der
wart-
h.

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 24

Mannheim, 23. Juni 1948

Preis 15 Pfg.

Währungsdictat

bringt Elend und Not!

Deutschlands Einheit

Freiheit und Brot!

Das Volk soll die Zeche zahlen

Der-Parteivorstand der KPD zur Währungsreform

(Fim. EB) Wir erheben schärfsten Protest gegen die uns diktierte kapitalistische Währungsreform. Sie bedeutet die Aufspaltung Deutschlands und die Abwälzung der Lasten des Krieges und des Marshallplanes auf die Schultern der deutschen Werktätigen. Die Kriegsgewinnler werden nicht zur Verantwortung gezogen. Durch Schwarzmarkt-, Kompensationsgeschäfte und Warenhortungen haben sie sich auf Kosten des Volkes bereichert und jetzt wird ihnen durch das Währungsdictat wiederum eine neue Frist geboten zur kapitalistischen Sicherung ihrer Sachwerte. Deshalb keinen gerechten Lastenausgleich. Der Lastenausgleich ist vertagt, wie die Sozialisierung. Als Auftakt zu dieser Währungsreform wurde jede erreichbare Lohnerhöhung systematisch verhindert, aber die Preise in die Höhe getrieben.

Die Vertreter der reichen Familien im Wirtschaftsrat haben am Vorabend der Währungsreform Gesetze angenommen, die dem Großunternehmertum Tür und Tor zur Preissteigerung öffnen. Alle Anträge zum Schutze der Werktätigen wurden durch die Besitzbürgerparteien abgelehnt.

Drei Jahre lang leben die Flüchtlinge und Ausgebombten in Elend und Not und nun wird ihre Not noch größer. Die Sparkonten der kleinen Leute werden durch einen Federstrich annulliert.

Währungserklärung

Seit Monden ist alles in Gärung. Von wegen „Reform“ der Währung. Nun haben wir ja die Bescherung: Mir graust vor der künft'gen Ernährung.

Ja, diese „Reform“ der Währung bedeutet der Wirtschaft Verheerung. Des deutschen Fleißes Entehrung. Des Geldsacks Profit-Vermehrung!

Sie wirkt wie die letzte Zehrung. Bringt Hunger, Elend, Entbehrung. Verhindert des Friedens Klärung. Diktiert deutscher Einheit Zerstörung!

Vielleicht schafft sie auch Belehrung Und fördert der Dummen Bekehrung? Das wäre der Schluß der Verschwörung Und brächte die letzte Klärung!

Puck

Dr. h. c. Böckler zum Marshallplan

Recklinghausen, 17. Juni. (EB) „Unsere Wirtschaft kann man nicht anders als ein Chaos bezeichnen. Da müssen wir heraus. Koste es, was es koste. Daß die Amerikaner mit dem Marshallplan politische Nebengeschäfte machen wollen, ist klar. Freilich sind es politische Ueberlegungen, wenn Geld gegeben wird. Man wünscht damit eine politische Ideologie zu steuern, die der eigenen entgegensteht. Die Amerikaner wollen damit ihre alte Wirtschaftsordnung stabilisieren. Amerikanische hochfinanzielle Kreise stützen den Marshallplan.“

Dies führte Hans Böckler, der Vorsitzende des DGB in der britischen Zone, wörtlich in seiner Rede auf dem außerordentlichen Bundestag des DGB in Recklinghausen aus.

Trotz seiner eingehenden Schilderung der deutschen Notlage, wobei er nicht auf eine Polemik gegen die Sowjetunion verzichten zu können glaubte, und der Feststellung der Marshallplan-Gefahren empfahl Böckler diesen Marshallplan trotzdem den Werktätigen als einzigen Ausweg. Erregte Zwischenrufe und eine Zahl von Diskussionsrednern zeigten, daß der Marshallplan von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Werktätigen restlose Ablehnung findet.

Drei Jahre lang haben die arbeitenden Menschen Betriebe und Produktionsstätten neu errichtet. Die Kapitalisten haben nun ihren Besitz, aber die Schaffenden stehen vor einem Nichts. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht Millionen von Menschen. Das alles hätte verhindert werden können, wenn nicht bestimmte Parteiführer der CDU, FDP und SPD ihre Zustimmung zu einem Weststaat und zu einer separaten Währungsreform gegeben hätten. Jetzt wird deutlich, wie berechtigt unsere Forderungen nach einem einheitlichen Deutschland und einer sozialen und gerechten gesamtdeutschen Geldreform waren und sind.

Wir haben immer gefordert: Die Reichen sollen zahlen! Nun wird klar: Wieder einmal sollen die Armen zahlen.

Wir haben frühzeitig gewarnt. Unsere Warnung wurde in den Wind geschlagen.

Deutscher Volksrat ruft zur nationalen Selbsthilfe

Einheit — Freiheit — Gerechter Friede — Abzug der Besatzungstruppen

(EB) Das Sekretariat des Deutschen Volksrates teilt zum vorläufigen Endergebnis des Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden mit:

„Gegen die Londoner Empfehlungen hat sich eine Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes gebildet. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es das Schicksal der Spaltung und Unterwerfung nicht tatenlos hinnehmen kann, zu dem es in London, ohne gehört und gefragt worden zu sein, verurteilt wurde. In dieser Entscheidungsstunde der Nation fordert der Deutsche Volksrat, legitimiert durch das Ergebnis des Volksbegehrens:

Ermächtigungsgesetz und Wirtschaftsdiktatur

Wirtschaftsrat beschließt (gegen die kommunistischen Stimmen) Preiserhöhungen. — Das Volk wird die Antwort geben

(Fim - EB.) In der Nacht vom 17./18. Juni 1948 trat der Wirtschaftsrat zu einer Nachtsitzung zusammen. Diese Nachtsitzung hatte den Zweck, Gesetze durchzusetzen, um die Lasten des Krieges und die Kosten der Währungsreform auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen. Im Mittelpunkt standen 2 Fragen:

Die Leitsätze des Wirtschaftsdirektors Bizonesiens für die Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform und die Forderung des Verwaltungsrates nach Preiserhöhungen. Nach dem Muster Brüning'scher Notverordnungen wurde mit den Stimmen des Besitzbürgerblocks der CDU, FDP und Zentrum ein Diktaturgesetz beschlossen, das den Wirtschaftsdirektor ermächtigt, ohne parlamentarische Kontrolle auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik rechtskräftige Verordnungen zu erlassen, die Warenbewirtschaftung aufzuheben und freie Preise einzuführen. Die Anregung zu diesem Gesetz, von dem man bereits als „Ermächtigungsgesetz“ spricht, soll von der Militärregierung selbst ausgegangen sein, wobei niemand anders als der mit Ermächtigungsgesetzen ja vertraute Steigbügelhalter Hitlers, Dr. Brüning, Pate gestanden haben soll.

Der Wirtschaftsdirektor Dr. Erhardt behauptete, daß seine Politik der Freigabe der Preise zu einer tendenziellen Preissenkung führen werde. Wie diese „tendenzielle Preissenkung“ aussieht, demonstrierte der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Pünder, in dem er dem Wirtschaftsrat ein ganzes Paket von Gesetzen zu Preiserhöhungen nach der Währungsreform vorlegte.

Für die Fraktion der KPD beantragte der Abgeordnete Kurt Müller, die Frage der Preiserhöhungen von der

Die Tatsachen haben uns recht gegeben.

Dies muß eine ernste Lehre sein für unser Volk. Der Parteivorstand der KPD ist der Auffassung, daß schnellstens Maßnahmen getroffen werden müssen, um die äußerste Not von unserem Volk abzuwenden.

- Dazu gehören:
1. Verbot jeglicher Preiserhöhungen.
 2. Erhöhung der Löhne um 30 Prozent.
 3. Verbot von Entlassungen.
 4. Sofortige Freigabe aller gehorteten Warenbestände.
 5. Sofortige zusätzliche Auszahlung eines Härteausgleiches in der Höhe eines vollen Wochenlohnes bzw. eines Viertels eines Monatsgehältes in neuem Geld ohne Anrechnung auf die Sparkonten.
 6. Weitere Auszahlungen der Renten und Pensionen in voller Höhe in neuem Geld.

Frankfurt a. M., den 18. Juni 1948.

1. Die Anerkennung der Einheit Deutschlands und den Verzicht auf den Weststaat.

2. Eine gemeinsame Verfassung, eine einheitliche Währung und freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung.

3. Die Aufnahme von Friedensverhandlungen, genaue Begrenzung der zu leistenden Reparationen und Abzug der Besatzungstruppen.

Der Deutsche Volksrat ruft die gesamte deutsche Bevölkerung auf, für die Erreichung dieser Ziele einzutreten und den Weg der nationalen Selbsthilfe, deren Maßnahme das Volksbegehren war, konsequent zu Ende zu gehen.

Tagesordnung abzusetzen. Er begründete den Antrag damit, daß allein durch die Währungsreform Panik genug organisiert worden sei.

Auf Grund dieser Forderung der KPD wurde ein Teil der Preiserhöhungsgesetze von der Tagesordnung abgesetzt. Die Gesetze für Erhöhung der Preise von Gas und elektrischem Strom wurden aber dennoch behandelt. Und diese Gesetze, die mit den Stimmen des Besitzbürgerblocks dann beschlossen wurden, sehen eine Abwälzung der Preiserhöhung für Kohle auf den Kleinverbraucher vor.

In der stürmischen Debatte über die Frage der Preiserhöhung wurde die Rolle Dr. Pünders als Vertreter des Unternehmertums deutlich entlarvt. „Der bizonale Verwaltungsrat stellt sich bewußt in den Dienst des Großkapitals, das mit den Preiserhöhungen den Zweck verfolgt, die Währungs-“ (Fortsetzung auf Seite 2)

KP Mannheim protestiert gegen Währungsdictat

(EB) Trotz des ungünstigen Zeitpunktes infolge des Geldumtausches wies die Mitgliederversammlung der KPD Mannheim am Sonntagmorgen einen guten Besuch auf. Nach den Ausführungen der Mitglieder des Kreisvorstandes, Fritz Kamp und Richard Hofmann, stellte die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Entschließung fest, daß die separate Währungsreform der Abschluß einer im Interesse des Monopolkapitals bewußt herbeigeführten Entwicklung zur Spaltung Deutschlands zur verschärften Ausbeutung und noch größeren Verelendung Westdeutschlands ist. Mit Empörung stellen die Mitglieder der

Dr. Pünder überführt!

Im Auftrag der Reaktion und der Schwerindustrie — Verwaltungsrat diktiert Abbruch der Lohnverhandlungen (EB) Auf der letzten Sitzung des Wirtschaftsrates wurde der Direktor des Zweizonen-Verwaltungsrates Dr. Pünder durch die kommunistische Fraktion der offenen Lüge überführt. Auf den Antrag der kommunistischen Fraktion hin hatte der Wirtschaftsrat bekanntlich am 26. 5. beschlossen, dem Drängen Dr. Pünders nicht nachzugeben und vor der Währungsreform keine Preiserhöhungen durchzuführen. Wie der Abgeordnete Kurt Müller (KPD) feststellte, wurde dieser Beschluß durch Dr. Pünder systematisch sabotiert. Dr. Pünder erklärte beispielsweise, daß die Entscheidung des Wirtschaftsrates nicht sakrosankt sei und daß man entsprechende Mittel und Wege schon finden werde, um sie unwirksam zu machen.

Obwohl General Clay selbst seine Zustimmung zu einer 15proz. Lohnerhöhung gegeben hatte, gab der Verwaltungsrat unter Leitung Dr. Pünders eine offizielle Anweisung an die Arbeitsminister der Länder, alle Lohnverhandlungen abzustopfen.

Mit stammelnden Worten versuchte Dr. Pünder die Feststellung des Abgeordneten Müller (KPD) abzustreiten. Eine Reihe von Dokumenten, welche der Abgeordnete Müller dem Wirtschaftsrat vorlegte, deckte jedoch eindeutig die üble Haltung des Verwaltungsrates und seines Direktors Dr. Pünder auf. Trotzdem besaß dieser die Stirn, von der Rednertribüne herab die eindeutig festgestellten Tatsachen abzustreiten.

Der Abgeordnete Kreyßig (SPD) erteilte ihm die Antwort, indem er die von Dr. Pünder eigenhändig unterschriebenen Originalanweisungen an die Arbeitsminister, wonach Lohnverhandlungen abzustopfen sind, vorlas. Auf diese Weise vor versammeltem Hause entlarvt, mußte der CDU-Diktator von Bizonesien, Dr. Pünder, unwidersprochen den Zwischenruf des Abgeordneten Max Reimann (KPD) einstecken: „Wie kann man so lügen?“

Berichtigung

160 000 Tonnen Waschmittel jährlich als Reparationen aus der Bizone

Berlin („Wirtschaftsmarkt“). Nach einer Mitteilung des „Wirtschaftsmarktes“ werden der westdeutschen Seifenproduktion jährlich 142 000 t Waschlauge und 18 000 t Seife für Reparationslieferungen entnommen. Die Lieferung dieser Mengen erfolgt an die Besatzungsbehörden.

Vorstehende Meldung, die wir einem Artikel in Nr. 14 der in Stuttgart erscheinenden Fachzeitschrift „ABC-Wirtschaftsmarkt“ entnahmen, entspricht nicht den Tatsachen, da in Wirklichkeit die Besatzungsmacht überhaupt keine Seifenprodukte entnimmt. Wir bedauern, mit der Veröffentlichung derselben in unserer Ausgabe vom 12. 5. 48, einer Fehlinformation zum Opfer gefallen zu sein.

KPD Mannheim fest, daß es Deutsche gibt, die hierbei mitwirken, wie das anläßlich der Nachtsitzung des Wirtschaftsrates in Frankfurt zutage trat. Das von der reaktionären CDU- und FDP-Mehrheit beschlossene Gesetz über Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform ist eine ungeheuerliche Zumutung für das scharfende Volk... zum Nutzen der Reichen und zum Schaden aller Schaffenden. Die Mitglieder der KPD geloben, sich enger um ihre Partei zu scharen und noch intensiver für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes gegen Monopolkapitalismus und seine Trabanten für ein einheitliches Deutschland zu kämpfen.

Badische
Landesbibliothek

Ermächtigungsgesetz und Wirtschaftsdiktatur

(Fortsetzung von Seite 1)

reform in klingende Münze erhöhter Unternehmerprofite umzuwandeln," führte der Redner der KPD aus. Die Devise des Verwaltungsrates ist: niedrige Löhne und hohe Preise.

Die Fraktion der KPD hatte dem Wirtschaftsrat einen Antrag vorgelegt, der verlangt:

„Preisabwälzungen (auf die Verbraucherpreise) im Zuge der Preiserhöhung für die industriellen Grundstoffe (Kohle, Stahl usw.) dürfen nicht vorgenommen werden.“

Vor der Abstimmung dieses Antrages der KPD erhob sich der Abgeordnete Schöttle (SPD) — und das war zweifelsohne der schwächste Vorfall der ganzen Nachtsitzung des Wirtschaftsrates — und erklärte:

„Die SPD-Fraktion wird in Zukunft nicht mehr für die Anträge der KPD stimmen.“

Der Abgeordnete Max Reimann antwortete ihm unter befriedigter Zustimmung von Seiten der SPD-Abgeordneten:

„Es geht hier nicht um parteiegoistische Ziele, sondern um die Interessen des werktätigen Volkes, und die KPD wird immer jedem Antrag zustimmen, wenn er den Interessen des Volkes dient, also auch solchen Anträgen der SPD.“

Daß eine solche Stellungnahme wie die Schöttles ins Verderben führt, — die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schädigt — wurde deutlich, als ein weiterer Antrag der KPD zur Abstimmung kam. Auf Grund eines Vorschlages des „Gewerkschaftsrates der vereinten Zonen“ hatte die KPD folgenden Antrag gestellt:

„Um überhöhte Preise auf ein tragbares Verhältnis zum künftigen Realeinkommen zu bringen, hält der Wirtschaftsrat ein diesbezügliches Preisreformgesetz für notwendig. Er beauftragt den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, ein solches Gesetz vorzulegen.“

Auch diese Forderung der Gewerkschaften fand keine Unterstützung durch Schöttle und verfiel deshalb der Ablehnung.

Auch eine Meinung zum Londoner Diktat

Die französisch lizenzierte Zeitung „Der Kurier“ bringt am 9. Juni eine Glosse von Hans Kaspar unter der Überschrift „Fälschung“, die zwar ironisch gemeint ist, aber die Londoner „Empfehlungen“ ausgezeichnet charakterisiert:

„Hat mich jemand — übrigens ein guter alter Demokrat — ganz niedergeschlagen nach meiner Meinung über den sogenannten Londoner Plan zur Bildung einer westdeutschen Regierung gefragt:

„Aber lieber Freund, habe ich gesagt, fallen Sie doch nicht auf alles gleich herein. Lesen Sie es doch mal genau, das Dokument ist doch völlig ungläubwürdig.“

Genosse Ernst Votteler †



Nach langer schwerer Krankheit verschied unser Genosse Ernst Votteler im Alter von 58 Jahren. Dieser aktive, vielen Mannheimern bekannte Genosse war bis zu seiner Krankheit Vorsitzender der Kommunistischen Partei im Stadtteil Schwetzingenstadt. Schon lange von 1933 war er Mitglied unserer Partei und kämpfte während des Naziregimes aktiv in den Reihen der Widerstandsbewegung. 1934/37 war er auch wegen dieser Tätigkeit im Zucht- haus Bruchsal und Ludwigsburg eingekerkert.

Die Kommunistische Partei Schwetzingenstadt und mit ihr unsere gesamte Partei verliert in Votteler einen ihrer eifrigsten und besten Funktionäre, dessen Willen und Wirken stets für uns vorbildlich und richtungweisend sein wird.

KPD
Kreisvorstand Mannheim

„Mit diesen Preiserhöhungen nach der Währungsreform eröffnen Sie“, sagte der KPD-Abgeordnete Müller der Rechten, — „den Angriff auf den Lebensstandard der werktätigen Menschen. Sollten Sie dieses Preisgesetz gegen uns beschließen, so wird die Antwort nicht ausbleiben. Die Antwort wird nicht hier, sondern sie wird draußen gegeben. Die Antwort wird gegeben in den Betrieben, Gruben und Werkstätten gegen Ihre Preispolitik im Kampf um die Sicherung der Existenz der Arbeitenden und im Kampf um die Erhöhung der Löhne.“

Eine Geldreform für das Volk

Währungsreform in der Sowjetunion — das Beispiel einer sozialen und gerechten Geldumstellung

Auf dem Landesparteitag der SPD in Stuttgart-Degerloch fand eine Entschliessung des Kreises Backnang zur Währungsreform einstimmig Annahme, in der es heißt:

„Bei der Geldneuordnung in Rußland, die vor einiger Zeit stattfand, ist der Schutz des Sparers voll und ganz durchgeführt worden. Kleine Sparguthaben wurden zum Beispiel dort zu 100 Prozent bewertet. Wenn in den drei Westzonen die Geldneuordnung in allgemeiner schematischer Weise ohne Berücksichtigung der Interessen der kleinen Sparer erfolgt, besteht die Gefahr, daß in der Ostzone eine Geldneuordnung durchgeführt wird, bei der die Interessen der Kleinsparer besser berücksichtigt werden. Die Besatzungsmacht ist dringend auf die sich hieraus für Westdeutschland ergebenden großen Gefahren aufmerksam zu machen.“

Gegen den Willen des deutschen Volkes und gegen seine Interessen wurde mittlerweile die separate Währungsreform durchgeführt. Damit wurde nicht nur der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ein tödlicher Schlag versetzt, sondern auch klar zum Ausdruck gebracht, daß die werktätige Bevölkerung, der einfache Mann, der schon nach dem ersten Weltkrieg am eigenen Leib den Segen kapitalistischer Währungsmaßnahmen verspüren mußte, wiederum die Zeche bezahlen muß.

Die Resolution des Landesparteitages der SPD weist auf die im vorigen Dezember durchgeführte Währungsreform des sozialistischen Staates hin, der nicht Massenarbeitslosigkeit, Preissteigerung und Elend, sondern Steigerung des Reallohnes, Erhöhung der Kaufkraft, Preissenkung und Hebung des Lebensstandards zur Folge hatte. Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 15. 6. bedauert, daß die Währungsreform nicht als

Rundfunk-Sondersendung für den Westen

Ab Donnerstag, den 10. Juni, bringt der Berliner Rundfunk jeweilig am Dienstag, Donnerstag und Sonntag von 22.30 bis 23.00 Uhr auf der langen Welle 1571 m = 191 kHz eine Sondersendung für Westdeutschland. In dieser Sendung nehmen die Kommentatoren des Berliner Rundfunks zu gesamtdeutschen Problemen Stellung und informieren den westdeutschen Hörerkreis über die politische und wirtschaftliche Lage sowie über die wichtigsten Ereignisse im westlichen Deutschland.

KPD verlangt Verbesserung des Straßenbahntarifes

(EB) Mehrfach schon hat die Kommunistische Partei durch ihre Stadtratsfraktion in Mannheim den Antrag gestellt, durch Einführung von Umsteigefahrkarten bei der Straßenbahn den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung gerecht zu werden. Immer wurden diese Anträge von den anderen Parteien abgelehnt. Nunmehr zwingt uns die durch die Währungsreform verursachte Verarmung des größten Teils der Bevölkerung am Beispiel aller anderen Städte zu folgen und auch bei der Mannheimer Straßenbahn Umsteigefahrkarten auszugeben. Die Kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim hat im Interesse der gesamten Bevölkerung am 22. Juni 1948 einen Antrag eingereicht, in dem es heißt:

„Ab 1. Juli 1948 werden auf allen Strecken der Mannheimer Straßenbahn Umsteigekarten herausgegeben. Mit der OEG werden sofort Verhandlungen aufgenommen, um auch diese in das Umsteigenetz mit einzuschalten.“

Volkseuche Tuberkulose

Amlichen Quellen entnehmen wir nachstehende wahrhaft erschütternde Ziffern über das Anwachsen der Tuberkuloseerkrankungen im Landesbezirk Nordbaden, welche zeigen, wie diese Krankheit, die früher als die Krankheit der armen Leute, als typische Proletarierkrankheit betrachtet wurde, heute zu einer wahren Volkseuche geworden ist, welche die Volksgesundheit in gefährlichster Weise untergräbt.

In Nordbaden hatten wir:

Im Jahre 1946:
5543 Tbc-Kranke
und einen monatlichen Zugang von
200 Tbc-Krankenfällen.

Im Jahre 1948 (Januar):
14849 Tbc-Kranke
und einen monatlichen Zugang von
450—550 Tbc-Krankenfällen.

Die offene Tbc stieg in diesem Zeitraum von 2224 auf 6694.

Die geschlossene Tbc bewegte sich in denselben Grenzen.

Die Kinder-Tbc ist in besonders alarmierendem Anwachsen.

Im Januar 1946 wurden rund 685 Fälle verzeichnet.

Im Januar 1948 wurden bereits 3320 Fälle bekannt. —tr-

Einheit Deutschlands und gerechter Frieden

Mehr als 13 Millionen Unterschriften zum Volksbegehren — Gesetzlich erforderliche Zahl um das Dreifache überschritten

(EB) Noch ist das genaue Ergebnis des Volksbegehrens nicht bekannt, und doch ist nach den vorliegenden Meldungen mit über 13 Millionen Unterschriften, die nach der Weimarer Verfassung zur Beantragung eines Volksentscheides notwendige Zahl fast um das Dreifache überschritten.

In Berlin, wo, wie in den Westzonen, die Einzeichnung vorläufig weitergeht, wurden trotz vieler Verhaftungen und polizeilicher Gewaltmaßnahmen in den Westsektoren über 750 000 Einzeichnungen getätigt.

Aus Westdeutschland, wo die Unterschriftensammlung entweder, wie in der amerikanischen und französischen Zone, ohne Rücksicht auf demokratische Grundrechte völlig verboten, oder, wie in der britischen Zone, größten Schwierigkeiten ausgesetzt ist, liegen gleichfalls nur Teilergebnisse vor. So wurden im Land Nordrhein-Westfalen 750 000 Unterschriften abgegeben, im Ruhrgebiet 302 000, im Bezirk Niederrhein 152 000 und im Bezirk Mittelrhein 76 000.

In Württemberg-Baden wurde die Unterschriftensammlung nicht genehmigt. Dennoch erscheinen viele Menschen auf den Büros der Kommunistischen Partei, um nach der Möglichkeit einer Einzeichnung zu fragen und Unzählige, die es sich nicht nehmen lassen wollen, ein Bekenntnis zur deutschen Einheit abzugeben, sandten und senden ihre Unterschrift auf brieflichem Wege an das Büro des Deutschen Volksrates in Berlin. Daß auch bei uns die Mehrheit der Bevölkerung unbeirrt

für die deutsche Einheit eintritt und einen baldigen gerechten Frieden fordert, geht aus den Ergebnissen der Unterschriftensammlung hervor, welche die Kommunistische Partei in Baden vor mehreren Wochen durchführte. Bei dieser Gelegenheit wurden an einem einzigen Sonntag innerhalb von zwei Stunden in Mannheim weit über 5000 Unterschriften gesammelt. Auch aus den Mannheimer Betrieben kam ein eindrucksvoller Ruf nach Einheit und gerechtem Frieden. So zeichnete sich bei der Firma Stromeier Lagerhausgesellschaft Mannheim-Rheinau 100 Prozent der Belegschaft in die Liste ein, desgleichen bei der Firma Rheinspeicher. Obwohl bei der Firma Sunlicht-Gesellschaft AG die Unterschriftensammlung durch die Quertreibereien volksfeindlicher Elemente unterbrochen werden mußte, zeichneten sich von 690 Mann Belegschaft nicht weniger als 459, d. i. 66,5 Prozent in den Listen ein. Bei der Firma Goldschmidt AG Mannheim-Rheinau zeichneten sich 33,4 Prozent, bei der Fendel-Schiffahrts AG 38,9 Prozent, im Daimler-Benz-Werk Ilvesheim 39,6 Prozent, bei der Schiffswerft 43,4 Prozent, im Strebelwerk 44,5 Prozent, bei Hutchinson 55,5 Prozent, in der Hildebrand-Mühle 57,9 Prozent und bei der Deutschen Bergia AG 64,3 Prozent ein.

Diese Ergebnisse berechtigen ohne Zweifel zu der Feststellung, daß das Volksbegehren, wenn es ungehindert und frei von statten gehen konnte, auch in Mannheim und in ganz Westdeutschland erfolgreich sein mußte.

Die Bevölkerung Westdeutschlands, in der freien Äußerung ihres Willens behindert, hat dennoch, wie diese wenigen Beispiele zeigen, unmißverständlich zu verstehen gegeben, wie sie denkt. Die Weimarer Verfassung ist formell noch in Kraft. Die für eine Volksabstimmung erforderliche Stimmenzahl von ca. 4,5 Millionen ist weit überschritten. Nach allem Völkerrecht und den elementarsten demokratischen Grundsätzen muß jetzt auf Grund dieser Tatsache eine gesamtdeutsche Volksabstimmung durchgeführt werden.

Verbote, Verbote...! („Niedersächsische Volksstimme“ (KPD) 31. 5.) Die Wochenschrift „Tribüne der Demokratie“ wurde für eine Woche von der Militärregierung verboten, weil in einem Aufruf der KPD die Worte „Sozialismus“, „Völkerfriede“, „Demokratie“ gebraucht wurden. In Braunschweig mußte ein Spruchband mit derselben Inschrift unter Androhung von Strafe abgenommen werden. Alle diese Verbote richten sich gegen die Anfangsbuchstaben der Sozialistischen Volkspartei.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.